

(Bären-?)Dienst am Leser

Zur letzten Etappe der Rechtschreibreform

Von Joachim Güntner

Friedrich Denk streicht die Segel. Ohne seine spektakuläre Flugblattaktion vor den Toren der Frankfurter Buchmesse im Herbst 1996 wäre es nie zu einem Protest gegen die Rechtschreibreform gekommen. Nun jedoch, da sich seit Sonntag die deutschsprachigen Depeschagenturen der Neuschreibung befleissigen und die Zeitungen (wenn auch unter dem Vorbehalt eigener Hausorthographien) gleich mitgezogen haben, hält der engagierte Deutschlehrer weiteren Widerstand für müssig. Realistisch beobachtet. Auch die in Bremen und Bayern noch angestrebten Volksentscheide werden das Ruder nicht mehr herumreissen.

Wenn Presse, Schule und amtlicher Schriftverkehr unisono die reformierte Rechtschreibung als verbindlich praktizieren, dann setzt dies eine Macht frei, der keine Gegnerschaft gewachsen ist: die Macht der Gewöhnung. Eine mit den neuen Regeln aufwachsende Generation wird nach ihnen schreiben, als habe es nie ein anderes Schriftdeutsch gegeben. Aber kann es überhaupt dahin kommen? Dem Triumph der Reformer halten die Kritiker als letzte Widerborstigkeit ihre Ansicht entgegen, dass auch Gewöhnung nicht die Macht habe, mit Unsinn zu versöhnen.

Der Erlanger Sprachwissenschaftler Theodor Ickler hat der Rechtschreibreform früh prophezeit, sie werde an ihren inneren Widersprüchen zugrunde gehen. Ähnliches hat sein Potsdamer Kollege Peter Eisenberg im Blick, wenn er für «pragmatischen Minimalismus» plädiert – dafür, viele herkömmliche Schreibungen zu bewahren und von konsequentem «Durchregeln» abzusehen –, weil andernfalls der «Rechtschreibe-GAU» drohe. In solchen Überlegungen offenbart sich der Glaube an orthographische Tiefenstrukturen, die den verkehrten Regelungen opponieren. Gegen den Sprachgeist und seine Schreiblogik könne sich, argumentieren die mit linguistischen Wahrheitsansprüchen operierenden Reformgegner, ein misslungenes Regelwerk nicht halten, mögen es auch noch so viele Kulturminister mit ihrer Unterschrift gebilligt haben.

Doch man mache sich nichts vor: Wahrscheinlicher als ein Ruin der Reform ist, dass sie sich – mehr oder minder modifiziert – auf Dauer etabliert. Der Schritt der Presseagenturen und Zeitungen vom vergangenen Sonntag hat dazu Entscheidendes getan. «Wichtigstes Ziel», kommentiert DPA das gemeinsame Vorgehen von elf Agenturen, sei gewesen, die Rechtschreibung «nicht nur einheitlich, sondern auch eindeutig festzulegen. Die Notwendigkeit der Eindeutigkeit ergibt sich vor allem daraus, dass die eingesetzten elektronischen Systeme bei der Nutzung von Schreibvarianten in ihren Suchfunktionen behindert würden. Zudem müssen Schreibweisen <mit einem Blick> optisch identifiziert und zugeordnet werden können.»

Im Streben nach orthographischer Einheit illiberaler als die Reformer, die vielfach alternative Schreibungen zulassen, haben Agenturen und Zeitungen ein starkes Motiv auf ihrer Seite: den Dienst am Leser. Die empirische Leseforschung hat ergeben, dass Lektüre nicht einer Art von Buchstabieren vor dem geistigen Auge gleichkommt, sondern auf dem Wiedererkennen von Worten als Bildern beruht. Der Verweis der Agenturen auf die Vorzüge einheitlicher Schreibweisen ist also nicht aus der Luft gegriffen, er wird durch die Forschungen zur «Wortbildlichkeit» gedeckt.

Mit der Leserfreundlichkeit haben auch die Reformgegner stets argumentiert, anders als die Reformbetreiber, deren zentraler Impuls darauf zielt, das Schreibenlernen zu erleichtern. Der Dissens ist grundsätzlich und scheint unüberbrückbar. «Eine gute Orthographie ist für den Leser da», lautete (und lautet gewiss noch immer) das Credo Friedrich Denks. Ausgerechnet im Geiste dieser Anschauung wurde am vergangenen Sonntag die Durchsetzung der Reform beschleunigt. Den Reformgegnern muss es wie Ironie erscheinen.